

Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Schnyder/Hasim Sancar, GB): Police Bern: Klare Aufgaben für die städtische Vertretung im neu zu schaffenden „Kontaktgremium Sicherheit Kanton-Gemeinden“

Mit der Übertragung der Polizeiaufgaben auf den Kanton wird die parlamentarische Aufsicht durch den Stadtrat über polizeiliches Handeln in der Stadt Bern stark eingeschränkt. Auch die städtische Ombudsstelle wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr im bisher gewohnten und sehr wertvollen Rahmen als unabhängige und unentgeltliche Anlaufstelle dienen können. Neu wird als beratendes Fachorgan des Kantons und der Gemeinden ein „Kontaktgremium Sicherheit Kanton-Gemeinden“ eingesetzt. Dieses Gremium soll höchstens zehn Mitglieder zählen, Grundsatzfragen behandeln und alle fünf Jahre Evaluationen, Audits oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchführen.

Gemeinderätin Barbara Hayoz hat dem Stadtrat am 1. März 2007 auf eine entsprechende interfraktionelle Motion (GB/JA!, SP/JUSO, GPB – Police Bern: die gesetzliche Regelung ist unbefriedigend) erklärt, dass die Stadt Bern in diesem Gremium voraussichtlich vertreten sein werde.

Die genaue Arbeitsweise und die genauen Aufgaben dieses Kontaktgremiums werden wohl erst im Verlaufe der Einführung von Police Bern klar definiert werden.

Im Hinblick auf die Einsetzung des Kontaktgremiums bitten wir den Gemeinderat sicherzustellen, dass

1. der Gemeinderat den Stadtrat regelmässig (mindestens einmal pro Jahr und bei aktuellen Ereignissen von öffentlichem Interesse) über die Themen im Kontaktgremium informiert.
2. der Gemeinderat eine Anlaufstelle schafft, an die sich Bürgerinnen und Bürger, die ein konkretes Anliegen an das Kontaktgremium haben, einbringen können.

Bern, 21. Juni 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Schnyder/Hasim Sancar, GB), Natalie Imboden, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Christine Michel, Rolf Zbinden, Daniele Jenni, Myriam Duc

Antwort des Gemeinderats

Der kantonale Gesetzgeber hat die Aufgaben des Kontaktgremiums im neuen Artikel 13 Polizeigesetz wie folgt umschrieben:

¹ *Als beratendes Fachorgan des Kantons und der Gemeinden wird ein Kontaktgremium Sicherheit Kanton-Gemeinden eingesetzt.*

² *Das Kontaktgremium Sicherheit Kanton-Gemeinden behandelt Grundsatzfragen zwischen dem Kanton und den Gemeinden zur Umsetzung dieses Gesetzes. Es führt zudem alle fünf Jahre Evaluationen, Audits oder Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch.*

³ *Es gibt Empfehlungen zuhanden der Polizei- und Militärdirektion ab.*

⁴ *Es besteht aus paritätischen Vertretungen des Kantons und der Gemeinden und zählt höchstens zehn Mitglieder, die vom Regierungsrat ernannt werden. Es wird von der Polizei- und Militärdirektorin oder vom Polizei- und Militärdirektor geleitet. Das Sekretariat ist administrativ der Polizei- und Militärdirektion unterstellt.*

⁵ *Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung.*

Da es in dieser Grössenordnung noch nie eine Einheitspolizei in der Schweiz gab, erscheint es angebracht, die Entwicklung in den nächsten Jahren mittels eines Fachgremiums zu kontrollieren. Sollte die Ausrichtung insbesondere auf Evaluationen, Audits und Wirtschaftlichkeitsprüfungen liegen, wird das Gremium voraussichtlich die Bevölkerung über diese Ergebnisse von sich aus informieren. Der Gemeinderat würde vorziehen, die FSU zu informieren statt das Plenum. Die eigentlichen Informations- und Steuerungsprozesse des Stadtrats erfolgen nach wie vor über die jährlichen Abläufe im Zusammenhang mit dem Produktgruppenbudget. Dabei fliessen die in der Jahresplanung zwischen Stadt und Kanton ausgehandelten Ziele, Steuerungsvorgaben und Kennzahlen für die Bereiche Sicherheit und Ordnung sowie Verkehrssicherheit in die Produktgruppe „PG210100 Kantonspolizei“ ein.

Eine kommunale Anlaufstelle für das Kontaktgremium wäre angesichts des beschränkten Wirkungsbereiches kaum ausgelastet und wenig sinnvoll. Die Kontaktaufnahme kann entweder direkt über die zuständige Direktion der Stadtverwaltung laufen, oder der Bevölkerung steht es frei, sich direkt an das Gremium zu wenden, dessen Sitz bei der kantonalen Polizei- und Militärdirektion angegliedert ist.

An dieser Stelle sei zudem daran erinnert, dass die zukünftige Einheitspolizei der parlamentarischen Aufsicht nicht einfach entzogen ist; sie wird jedoch durch den Grossen Rat vorgenommen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 erheblich zu erklären und Punkt 2 abzulehnen.

Bern, 19. Dezember 2007

Der Gemeinderat